



Fraktionsgemeinschaft **Freie Wähler** Mannheimer Liste

Etatrede 2014/2015

**„GUTE“ ZEITEN
NUTZEN –
REALISTISCH IN
DIE ZUKUNFT**

19. 11. 2013
Prof. Dr. Achim Weizel,
Fraktionsvorsitzender

**Die parteiunabhängige
politische Kraft in Mannheim**

www.mannheimerliste.de

Etatrede der Freien Wähler - Mannheimer Liste 2014 / 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Damen Bürgermeisterinnen,
Sehr geehrte Herren Bürgermeister,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Sehr geehrte Vertreter der Medien,

Der vorgelegte Haushalt der Verwaltung ist ein Abbild der Mannheimer Straßen, er ist voller Schlaglöcher.

Die vorliegenden Etatreden des Oberbürgermeisters und des Kämmerers wurden mit dem Tenor:

- Positive Ergebnisse
- Keine Neuverschuldung
- Abbau der Schulden

vorge stellt. Bei näherer Betrachtung erweisen sich diese Aussagen in vielen Fällen als nicht haltbar.

Bei den letzten Etatverhandlungen haben wir uns schwerpunktmäßig mit drei Punkten beschäftigt:

1. 5. Dezernat
2. BUGA 2023
3. Gewerbesteuererhöhung

1. Das **5. Dezernat** ist gegen unseren Widerstand eingerichtet worden. Hier werden jedes Jahr unnötige Ausgaben in Höhe von etwa 1 Mio. Euro

verursacht. Die über 1 Mio. € Kosten des neuen Dezernatsbüros werden nicht durch Einsparungen in anderen Dezernaten kompensiert.

2. Die **BUGA** Entscheidung ist gefallen, hier geht die Diskussion weiter. Dazu später mehr.
3. Die Anhebung der **Gewerbsteuer** wurde gegen unseren Widerstand beschlossen, es ist unserer Meinung nach unabdingbar, dass diese Entscheidung rückgängig gemacht wird. In Anbetracht der Tatsache, dass wir im Rahmen der Konversion versuchen müssen, neue Betriebe nach Mannheim zu bringen und bestehende Firmen am Wegzug zu hindern, ist eine Senkung der Gewerbsteuer eine der vordringlichsten Maßnahmen. Wir beantragen daher, die **Gewerbsteuer** auf das frühere Niveau zu **senken**.
4. Zusätzlich fordern wir auch eine Senkung der **Grundsteuer**, da diese Steuer auf die Mieter umgelegt wird.

Der Etat liegt heute in neuer Form vor. Die angestrebte bessere Transparenz ist **eingeschränkt** erreicht. Im vorliegenden Haushalt ist eine Zuordnung der Kosten zu einzelnen Produkten einfacher zu erkennen. Allerdings ist jetzt praktisch nur noch das fertige Produkt erkennbar, die Beschäftigung mit Details ist nicht mehr möglich. Dies ist eine eindeutige Verschiebung der Detailinformation aus dem Gemeinderat in die Verwaltung hinein, die Nachvollziehbarkeit von Vorgängen in der Verwaltung durch den Gemeinderat hat sich damit eindeutig verschlechtert. Dies wird vorhersehbar zu einer Fülle von Fragen führen.

Besonders ärgerlich ist die Intransparenz im Bereich der umstrukturierten Dezernate. Hier wäre es von Seiten der Verwaltung angemessen gewesen, durch

Fußnoten und Verweisungen auf die Zahlen der anderen Dezernate, aus denen das 5.Dezernat gebildet wurde, für die Gemeinderäte eine Nachvollziehbarkeit und Vergleichbarkeit herzustellen.

Die Gruppierung nach Wirkungszielen und Wirkungskennzahlen sowie nach Leistungszielen und Leistungskennzahlen erlaubt, zumindest theoretisch, eine nach vorwärts ausgerichtete Strategie. Im Idealfall sollte es in einer der modernsten Verwaltungen Deutschlands nach Ablauf des Etatzeitraums möglich sein, anhand der Kennziffern nicht nur zu erkennen, ob die Ziele erreicht wurden, sondern auch die Konsequenzen zu ziehen. Dies bedeutet im Ernstfall auch, dass Projekte, die ihr Ziel nicht erreicht haben, beendet werden. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob eine Umsetzung in die Praxis hier gelingt.

Insgesamt sind durch die neuen Vorgaben die Gestaltungsmöglichkeiten des Gemeinderats deutlich eingeschränkt.

Finanzen

Zu der angekündigten **Eröffnungsbilanz** liegen bisher nur Schätzungen vor, nach Angaben der Kämmerei wird die eigentliche Eröffnungsbilanz erst im Laufe des Jahres 2014 dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt, es ist deshalb jetzt nicht sinnvoll, über unvollständiges Datenmaterial zu diskutieren.

Anlass zu ernsthafter Diskussion ergibt sich aber an vielen Stellen bei der genaueren Analyse des vorliegenden Doppelhaushalts. Auf die juristisch ausstehende Klärung bei einem Teil der Gewerbesteuer und deren Konsequenzen ist in der Etat Rede von Bürgermeister Specht hingewiesen worden.

Als positiver Aspekt wurde auch in der Öffentlichkeit über die **Rückführung von Schulden** berichtet. Die angebliche Rückführung der Schulden erweist sich aber als frommer Wunsch und hält einer Nachprüfung nicht Stand, denn dieser Rückgang ist im Grunde nur auf den verminderten Aufwand bei den kreditähnlichen Rechtsgeschäften zurückzuführen. Im Bereich der echten Schulden, nämlich der Kämmereischulden, kommt es sogar zu einem Anstieg, verbunden mit dem Rückgang der Liquidität. Bei dieser Sachlage muss man zu dem Ergebnis kommen, dass die Lage von der Verwaltung deutlich positiver dargestellt wird, als sie in Wirklichkeit ist, die Verschuldung geht nach wie vor weiter. Die Bürger haben ein Anrecht darauf, diese ungeschminkte Wahrheit zu erfahren.

Das Thema der **verdeckten Schulden** wurde angesprochen aber nicht konkretisiert. Es fehlen Aussagen und vor allem finanzielle Vorstellungen zu den in diesem Zusammenhang wichtigen Themen:

Straßenbau, Schulen, Kindergartenplätze, Hortplätze, Luisenpark, Herzogenriedpark, Multihalle, Collini Center, Erwerb der Konversionsflächen, Buga.

All dies sind Ausgaben, die wir vor uns her schieben, die aber aus durchsichtigen Gründen in der Öffentlichkeit nicht diskutiert werden, um nicht das Bild des ausgeglichenen Haushalts zu gefährden. Wir werden uns dieser Taktik nicht anschließen und deutlich auf die wunden Punkte hinweisen.

Die Verwaltung kündigt ein neues **Haushaltsstrukturprogramm** an. Seit Sommer wird darüber geredet, aber die Verwaltung versäumt es bisher, wohl mit Rücksicht auf die bevorstehende Gemeinderatswahl, der Öffentlichkeit und dem Gemeinderat die Sparvorschläge zu unterbereiten.

Komplett unverständlich ist das Verhalten der Verwaltung in Bezug auf die **Finanzierung der BUGA**.

Wir alle haben noch im Ohr, die in vielen Versammlungen von Seiten der Befürworter gebetsmühlenhaft vorgetragenen Argumente, dass eine Investitionssumme von 7 Mio. €/ Jahr bei einem Etat von über 1 Mrd./ Jahr kein Problem sei, nach der Devise:

„Die Kleinigkeit schaffen wir doch spielend“.

Viel schneller als erwartet sind die Vertreter dieser Versprechungen auf dem harten Boden der Tatsachen gelandet. Bis 2017 ist eine jährliche Rückstellung von 7 Millionen nicht eingeplant. Bei den zu erwartenden Mehrkosten ist dann mit noch größeren Beträgen zu rechnen.

Meine Damen und Herren,

die Bürger haben registriert, dass sie in Bezug auf die Finanzierung getäuscht wurden. Es wird immer schwieriger werden, das Vertrauen der Bürger für kommende Großvorhaben zu gewinnen.

Investitionen

Nicht nachvollziehbar ist für uns die Zusammenstellung der Investitionen mit einem Gesamtbetrag von 584 Mio. €, deren Ansatz bis 2017 dargestellt ist. Obwohl es sich um teilweise dringende, jedoch mindestens in den nächsten Haushaltsjahren zu erledigende Vorgänge handelt, bleiben nach 2017 noch 147 Mio. € offen. Hier erwarten wir kurzfristig Informationen der Verwaltung, welche Maßnahmen wie zurückgestellt und erst nach 2017 finanziert und durchgeführt werden.

Personal

Die Personalausgaben steigen weiter, teilweise bedingt durch Neueinstellungen, teilweise durch Tarifierhöhungen. Wie zu erwarten, ist es nicht allein, aber auch durch die Einrichtung eines 5. Dezernats zu einer weiteren Personalausweitung gekommen. Die Personalausgaben von 275 Mio. € im Jahre 2014 stellen einen neuen Höchststand dar und sind sicherlich noch nicht das Ende, da die eingepreisten Tarifierhöhungen (1,6% pro Jahr) als wahrscheinlich zu niedrig angesehen werden. Leider ist aus den vorliegenden Unterlagen eine genaue Zuordnung des Personalzuwachses nicht möglich. Es werden 120 Vollkraftstellen im Kindertagesbereich angegeben. Weiter wird global verwiesen auf Konversion, Immobilienmanagement, Schulsozialarbeit, Zweithausmeister und Feuerwehr.

Wir fordern eine detaillierte Aufstellung mit der Zuordnung der neuen Personalstellen zu den einzelnen Bereichen.

Wir werden beim Personal die notwendigen Steigerungen mittragen, jedoch in den einzelnen Bereichen die Frage stellen, ob das Problem nicht durch interne Umschichtung geklärt werden kann.

Trotz dieses anscheinend unaufhaltsamen Anstiegs der Personalkosten wird aus der Mitarbeiterschaft in den verschiedensten Bereichen über zunehmende Arbeitsüberlastung bei Arbeitsverdichtung geklagt. Diese Beschwerden sind im Einzelfall verständlich und nachvollziehbar.

Da in vielen Fällen die Arbeit durch Fehlzeiten von Kollegen auf den verbleibenden Mitarbeitern lastet, ist zu hoffen, dass die eingeleiteten Maßnahmen zum Gesundheitsmanagement bei der Bewältigung dieser Probleme zumindest teilweise Erleichterung schaffen.

Change²

Change² ist ein ehrgeiziges Projekt, das Mannheim zu einer der modernsten Verwaltungen in Deutschland machen soll.

Das Programm ist jetzt 5 Jahre gelaufen, erste Validierungen haben stattgefunden. Historisch interessant ist, dass die „Macher“ des Change² Programms als ihren ersten Erfolg die Reduzierung der 5 Dezernate auf 4 Dezernate feierten. Wie wir wissen, hat diese Freude nicht lange gehalten. Der Prozess selbst hat sich in seinem Ablauf wesentlich komplizierter als erwartet herausgestellt, Sie, Herr Oberbürgermeister, haben immer wieder einmal darauf hingewiesen.

Ein abschließendes Urteil über den Verlauf und das Ergebnis steht noch aus. Festzustellen bleibt jedoch, dass es für die Mitarbeiter der Verwaltung ein unglaublicher Aufwand war, der zusätzlich zu der normalen Arbeit getragen werden musste. Eine erste externe **neutrale** Beurteilung bringt ein ernüchterndes Ergebnis. Zwei Kernbotschaften haben sich dabei herauskristallisiert, nämlich: Die Schaffung der Akzeptanz für den Grundprozess kann nur bedingt als erfolgreich angesehen werden, und zweitens: auch künftig ist nicht mit einer signifikanten Verbesserung zu rechnen.

Nach Vorlage des endgültigen Gutachtens muss intensiv über diese ernüchternden Ergebnisse diskutiert werden.

BUGA

Die Entscheidung über die BUGA ist durch den von uns geforderten Bürgerentscheid gefallen.

In den ersten Planungssitzungen wurde deutlich, dass uns das Problem der **Strasse am Aubuckel** weiter beschäftigen wird. Wir haben schon öffentlich gefordert, dass detaillierte Pläne für die Straßenvarianten vorgelegt werden. Nachdenklich hat uns eine Aussage des Verkehrsplaners gestimmt, der in einer Sitzung wörtlich sagte: „Es kann nicht sein, dass die Verlegung der Straße, wie auch immer, ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtsumme des Projekts verschlingt“. Dies lässt Schlimmes befürchten für das endgültige Zahlenwerk, die Kostenfrage war aber von uns schon immer als einer der entscheidenden Punkte angeführt worden, der in der Öffentlichkeit leider sehr heruntergespielt wurde.

Neben der Klarstellung der Straßenproblematik fordern wir eine rasche Vorlage der klimaökologischen Gutachten für den Grünzug Nord Ost sowie die Biotopkartierung. In Anbetracht der ausstehenden Ergebnisse sehen wir den vorgesehenen Zeitablauf mit Abschluss der Arbeitsgruppen zum Januar 2014 als kritisch an. Die Beratungen in den 4 Planungsgruppen können im Grunde erst nach Vorlage der Gutachten erfolgen.

Eine Überprüfung des Zeitablaufs erscheint daher dringend notwendig.

Auf eine Besprechung der Einzelprojekte wird im Interesse der knappen Zeit verzichtet.

Jetzt schon zeichnen sich Kontroversen ab, die früher oder später zu finanziellen Konsequenzen führen werden. In Ihrer Etatrede Herr Oberbürgermeister führen Sie aus, dass kein weiterer Park geschaffen werden kann, d.h. keine neuen pflegebedürftigen Strukturen. Dem stehen die Aussagen von Herrn Schwarz gegenüber, der eindeutig eine Pflegebedürftigkeit des neu anzulegenden großen Sees beschreibt.

Damit ist ganz klar, dass die Au, die bisher von der Stadt keinen Aufwand erforderte, auch nach der Buga sehr viel Geld kosten kann.

Luisenpark und Herzogenriedpark

Beide Parks sind bei den Besuchern beliebte Oasen der Ruhe und der Entspannung in der Stadt. Leider ist die Unterhaltung dieser Erholungsstätten deutlich hinter den Notwendigkeiten zurückgeblieben. Es besteht die Befürchtung, dass mit der Ausrichtung der Bundesgartenschau eine weitere Verschiebung der Mittel zu Ungunsten der Parks entstehen wird. Wir werden in entsprechenden Anträgen eine adäquate Finanzausstattung für die Pflege der Parks fordern. Außerdem lässt der Haushalt die Frage nach der Sanierung der Multihalle unbehandelt.

Konversion

Wenn es für die Stadt Mannheim ein Wort des Jahres geben würde, so hätte sicher die Formulierung der „historischen Herausforderung durch die Konversion“ gute Chancen, diesen Titel zu gewinnen.

Wir stehen, abgesehen von Turley, noch am Anfang der Entwicklung, die großen Aufgaben stehen noch vor uns und werden auch im Laufe des nächsten Doppelhaushaltes noch nicht gelöst werden.

In den letzten Monaten sind innerhalb der Verwaltung eigene Strukturen aufgebaut worden, es wird bereits vom „6. Dezernat“ Konversion gesprochen. Da die beteiligten Mitarbeiter unterschiedlichen Dezernaten zugeordnet sind, muss unbedingt dafür gesorgt werden, dass im Rahmen dieses Prozesses nicht teure Doppelstrukturen entstehen.

Durch die Bildung der MWSP ist der Einfluss des Gemeinderates und die Information der Öffentlichkeit deutlich eingeschränkt.

Der Grünzug Nord Ost ist ein anzustrebendes Ziel, zur Verbesserung des Klimas und des Erholungswerts der Stadt.

Die Konversion bietet folgende Chancen:

- 1.) Platz für Wohnungsbau
- 2.) Neuordnung der Mannheimer Sportlandschaft
- 3.) Einsatz neuer Technologien (Elektromobilität)
- 4.) Adäquater Raum für wirtschaftliche Entwicklung

Über die drei ersten Punkte besteht weitgehend Einigkeit, es muss aber unbedingt darauf geachtet werden, dass die Belange der Wirtschaft in ausreichendem Maße berücksichtigt werden.

Kinderbetreuung und Jugend

Auch in dem für die Stadtgesellschaft wichtigen Bereich Kinderbetreuung und Jugendhilfe sind leider zahlreiche versteckte Schulden auszumachen.

Dank der Unterstützung der Freien Träger ist es gelungen, das gesetzlich vorgegebene Platzangebot im Krippenbereich mit nunmehr knapp 34 % anzubieten. Nicht zuletzt auch zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Mannheim, zur Stärkung der Attraktivität unserer Stadtgesellschaft für junge Familien ist es damit noch lange nicht getan. So wird von Seiten der Verwaltung tatsächlich nach dem Erreichen der gesetzlichen Vorgaben für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 kein weiterer Ausbau geplant. Dies, obwohl die Dezernatsverwaltung selbst von einem über die 35 % erkennbaren Bedarf spricht.

Den 2.844 Krippenplätzen stehen jedoch nur 3.424 Ganztagsplätze für Kinder ab 3 Jahren zur Verfügung. Das überwiegende Platzangebot für Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt gibt die Verwaltung mit 8.242 Plätzen an und weiß um das Problem, dass der Regelkindergartenplatz den Bedarfen der jungen Familien und einer bestehenden Berufstätigkeit nicht gerecht wird.

Auch für die Grundschulkinder fehlen ausreichend Plätze in Horten und der Schulkindbetreuung. Für die notwendige Sicherstellung der Bedarfe fehlt es im Haushalt an glaubwürdigen Ansätzen. Die Anpassung leistungsgerechter Vergütung für Erzieher/innen ist im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht vorgesehen.

Während im Fachausschuss Jugendhilfe Einigkeit über die sachliche Notwendigkeit zum Ausbau der Eltern-Kind-Zentren besteht, versäumt es die Verwaltung, die notwendigen Mittel für den sachgerechten Ausbau vorzusehen. Die gewonnenen Erfahrungen in den 11 bestehenden Eltern-Kind-Zentren machen deutlich, dass die viel beschworene frühe Förderung von Kindern aus sozialschwachen Familien und Kindern mit Migrationshintergrund am sinnvollsten hier flächendeckend auszubauen ist. Zu Recht verweisen Fachleute auf den gesamtgesellschaftlichen Spareffekt, Investitionen in die Förderung der Kinder ersparen uns ein Vielfaches der Folgekosten aus verpasster Integration und fehlender Bildungschancen.

Nicht erst durch die Feststellungen im 2. Mannheimer Bildungsbericht wird deutlich, dass Integration ein Thema der Sprachförderung ist. Bildungsgerechtigkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss daher deutliche Akzente bei der Sprachförderung in Krippen, Kindergärten und Grundschulen setzen. Insoweit wird durch die vorliegende Studie zum Projekt MAUS deutlich, dass wir dort mit den eingesetzten Mitteln nur im geringen Umfange die

eigentliche Zielgruppe erreichen. Unbestritten wird durch die Angebote von MAUS Schule attraktiver und steigert den Spaß am Lernen. Die Zielgruppe der Benachteiligten wird nach den Feststellungen der vorliegenden Berichterstattung nur im geringen Umfange erreicht.

Beispielhaft und mit großer Hochachtung verweisen wir auf die Leistungen im Eltern-Kind-Zentrum Obere Riedstraße, Waldhof-Ost hin. Mit großem Engagement haben hier Mitarbeiter/innen aus den unterschiedlichsten Fachbereichen eine interdisziplinäre Förderung für Kinder in der Altersklasse von 0 bis 3 Jahren und 3 bis 6 Jahren bewirkt. Der jährliche Aufwand hierfür beträgt 35.000 €. Trotz der hervorragenden Leistungen sieht sich die Verwaltung nicht im Stande, die Fortführung sicherzustellen.

Ein weiteres Beispiel der versteckten Schulden ist in der mangelnden ehrlichen Partnerschaft mit den Freien Trägern im Bereich der Kinderbetreuung zu finden. Ein Skandal, dass seit 2009 die Freien Träger vergeblich auf eine kostengerechte Erstattung ihrer Aufwendungen im Kinderbetreuungsbereich verhandeln müssen. Rund 60 % des gesamten Kinderbetreuungsangebots unserer Stadt werden durch die Freien Träger erbracht. "Gerechter Lohn für gute Arbeit" kann nicht nur für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sondern muss auch für die Mitarbeiter/innen der Freien Träger gelten. Immerhin geht es hier um einen Betrag von annähernd 2,8 Mio. € versteckter Schulden, die im vorliegenden Haushaltsentwurf im Ansatz fehlen.

Bildung und Schullandschaft

Auch hier fehlt im vorliegenden Entwurf der Mut, die versteckten Schulden deutlich zu benennen. Der schlechte bauliche Zustand der Schulen ist bekannt und lässt sich nicht verschweigen. Die Mannheimer Elternschaft und die Ausbildungsbetriebe, die Handwerkskammern und IHK sowie die Agentur für Arbeit haben wiederholt auf die schlechten schulischen Ausbildungsbedingungen hingewiesen und warnen vor dem bevorstehenden Fachkräftemangel, der sich, so aktuell die Agentur für Arbeit, bereits in 2016 deutlich bei den Mannheimer Ausbildungsbetrieben negativ niederschlagen wird.

In den Haushaltsreden des OB und des Kämmerers finden sich hierzu keine Hinweise und keine Vorschläge, wie sich die Verwaltung die Lösung dieser Zukunftsprobleme vorstellen könnte. Der Planansatz, jeweils 800.000 € zur Sanierung von Fachräumen in den Berufsschulen, wird dem Bedarf bei weitem nicht gerecht. Die Schulentwicklungskommission tagt und tagt, kommt jedoch scheinbar zu keinem Ergebnis und zur Sanierung der stadteigenen Schulhausgebäude fehlt der ausreichende Planansatz.

Beispielhaft möchten wir auch weitere versteckte Schulden öffentlich benennen und verweisen auf die fehlenden Räumlichkeiten, um die Ausbildung der dringend benötigten Erzieher/innen in Mannheim zu ermöglichen. Völlig unverständlich ist es für uns, dass die Raumfrage des Fröbel-Seminar/Helene-Lange-Schule noch immer nicht gelöst ist und wir im Haushaltsentwurf die sicherlich notwendigen Kosten für weitere Räume vergeblich suchen. Erfreut sind wir darüber, dass das Drama um den Abschluss der Brandschutzmaßnahmen an den Geschwister-Scholl-Schulen zumindest haushalterisch im Jahr 2014 ein Ende finden wird. Der Vorgang, dass Haushaltsmittel - wie im Falle der Brandschutzmaßnahme Geschwister-Scholl-Schulen - zur Deckung

von Kosten an anderen Schulen umgeleitet wurden und somit an den Geschwister-Scholl-Schulen eine unnötige und vermeidbare lange Bauzeit entstanden ist, darf sich nicht wiederholen.

Allerdings vermissen wir die haushalterische Umsetzung der Zusage des Oberbürgermeisters zur Standortssicherung der Geschwister-Scholl-Schulen auf der Vogelstang. Soweit bekannt, haben die Geschwister-Scholl-Schulen ihre pädagogischen Konzeptionen nahezu fertig gestellt. Nicht schlüssig ist daher der Haushaltsansatz für Planungsleistungen 2015.

Erfreulich ist, dass nach langer Zeit der Neubau der Eduard-Spranger-Schule in Angriff genommen wurde.

Doch im Haushalt lässt die Verwaltung völlig offen, wann die Mittel für den dringend benötigten Neubau der Schulsporthalle in Angriff genommen werden. Gerade die Schüler/innen des Schulzentrums Eduard-Spranger-Schule / Hermann-Gutzmann-Schule benötigen ausreichend Sportunterricht. Auch die zahlreichen Vereine, die die Schulsporthalle nutzen, warten vergeblich auf die Signale zum Neubau der Sporthalle.

Schulentwicklung

Der demographische Wandel und der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung werden in den nächsten Jahren zu einer tiefgreifenden Änderung unserer Schullandschaft führen.

Der Rückgang der Schülerzahlen wird die einzelnen Schultypen nicht gleichmäßig treffen.

Es wird viel von der Zweigliedrigkeit des Bildungssystems gesprochen, die Definition ist allerdings nicht unumstritten, da zum Beispiel Schulen wie die IGMH sowie Gemeinschaftsschulen und Sonderschulen in diesem System nicht vorkommen. Es ist vorauszusehen, dass sich die Schülerschaft in Zukunft etwa zu 50% auf die beiden „Säulen“ verteilen wird.

Außerordentlich problematisch ist der zunehmende Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund mit häufig sprachlichen Problemen, die die Arbeit insbesondere in den Werkrealschulen deutlich erschwert und zusätzliche Unterstützung notwendig ist. Durch die steigende Zahl der Wechsler von Werkrealschulen zu Realschulen und Gymnasien ist deren Bestand vorhersehbar gesichert.

Einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden müssen die Werkrealschulen in der Stadt.

Hier wird es zwangsläufig zu einem deutlichen Rückgang der Schülerzahl kommen, was unausweichlich zu Diskussionen um den Bestand von Schulstandorten führt. Um hier nicht unnötige Unruhe in die Diskussion zu bringen, raten wir dringend von Standort- Diskussionen bis zum Abschluss der Beratungen der Schulentwicklungskommission abzusehen. Bei der Abwägung der einzelnen Schulstandorte sind sozioökonomische und demographische Gesichtspunkte zu berücksichtigen genauso wie der Gebäudezustand und die in der Vergangenheit getätigten Investitionen.

Im Interesse der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss der Ausbau der **Ganztagsschulen** vorangetrieben werden.

Es gibt in Mannheim bisher eine Gemeinschaftsschule, wir wenden uns vehement gegen die Einrichtung zusätzlicher **Gemeinschaftsschulen** in unserer Stadt.

Um hochqualifizierte Arbeitskräfte nach Mannheim anzuziehen oder in Mannheim zu halten, werden wir alle Bemühungen zur Einrichtung der geplanten **Europaschule** unterstützen.

Die Aufrechterhaltung und Instandhaltung der Schulen ist ein dringendes Gebot. Durch die Übertragung der Schulbauten an die BBS, die im August 2014 abgeschlossen sein wird, hat sich hier ein klares Konzept ergeben, dass wir unterstützen.

Kultur

Die Kultur stellt einen der wesentlichen Standortfaktoren einer Stadt dar. Mannheim ist eine der Städte, in denen in all den Jahren, auch in der Finanzkrise, die Unterstützung der Kultur beibehalten und weitergeführt wurde.

Beim **Nationaltheater** ist nach dem Auslaufen des 5 Jahres Etats ein Übergangsetat verabschiedet worden, der die laufende Spielzeit abdeckt. Bisher existieren keine klaren Vorstellungen über das weitere Vorgehen, im Laufe der nächsten 6 Monate muss hier aber eine Entscheidung fallen. Notwendig ist ein neuer 5 Jahresplan, um dem Theater Planungssicherheit zu geben. Das Theater selbst funktioniert reibungslos, die Zuschauerzahlen und die Einkünfte liegen auf einem hohen Niveau. Bei allen Diskussionen um diese Kulturinstitution darf nie vergessen werden, dass das Nationaltheater auch ein Wirtschaftsbetrieb ist, der über 600 Arbeitsplätze vorhält, von denen die meisten nicht im künstlerischen Bereich sind sondern durch Bürger und Bürgerinnen ausgefüllt werden, deren ständiger Lebensmittelpunkt Mannheim ist.

Ein weiteres Bestehen des NT in seiner jetzigen Form ist ohne eine größere **Unterstützung vom Land** schwer vorstellbar. Im Koalitionsvertrag gibt es eine Absichtserklärung, das NT in seiner Förderung den Staatstheatern Stuttgart und Karlsruhe anzunähern. Auf der Einlösung dieser Absichtserklärung müssen wir bestehen.

Zu unserer Freude hat die Verwaltungsspitze ihren Wunsch nach der Einrichtung eines **Zentrums für darstellende Kunst** anscheinend ad acta gelegt.

Die **Reiss - Engelhorn - Museen** haben sich nationale und internationale Anerkennung verschafft, was sich in der Vielzahl der Ausstellungen und Kooperationen niederschlägt.

Die **Kunsthalle** ist im Umbruch, der Billing Bau ist mit einem deutlich über dem Voranschlag liegenden Aufwand aufwendig renoviert worden. Der Neubau ist in Planung. Trotz der großzügigen Spende von Herrn Hector darf nicht vergessen werden, dass Überziehungen des Etats zwangsläufig bei der Stadt Mannheim landen werden, insofern haben wir auch ein großes Interesse an der Einhaltung der Kosten, obwohl wir im Prozess direkt nicht beteiligt sind.

Die Unterstützung der **Freien Szene** erfolgt auch in diesem Etat in der bisher durchgeführten Form, teilweise als institutionelle Förderung teilweise als Projektförderung.

Kontrovers ist die Diskussion noch über die städtische **Galerie im Kreativzentrum im Jungbusch**. Hier empfehlen wir eine vorzeitige Einbindung der aktiven regionalen Künstler und der hiesigen Galeristen, um die notwendige Zusammenarbeit zu festigen.

Mit **Theater der Welt** kommt ein Ereignis in unsere Stadt, das nationale und internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen wird, die Stadt ist hier mit einer Million beteiligt.

Die Aufwertung des **Planetarium** im Laufe dieses Haushalts durch den Erwerb einer neuen Projektionseinheit wird von uns voll unterstützt.

Wir fordern, dass das Projekt **Kulturhauptstadt** vollständig eingestellt wird. Die Idee der Bewerbung um den Titel einer Kulturhauptstadt hat zweifelsohne einen Reiz, leider hat die bisherige Arbeit des Büros trotz großzügiger Finanzausstattung so gut wie keine vorzeigbaren Ergebnisse geliefert, so dass das Projekt in der bisherigen Form als gescheitert betrachtet werden muss.

Wir befürworten dagegen die Weiterführung des **Advisory Boards**, das der Stadt in den kommenden Jahren sicherlich hilfreiche Anregungen für die kulturelle Weiterentwicklung liefern kann.

Die Diskussion um den Erhalt der **Musikhochschule** ist in vollem Gange. Eine Aufrechnung der Landesmittel für die Popakademie mit den Aufwendungen für die Musikhochschule ist für uns völlig inakzeptabel.

Zuwanderung

Die Aussagen über die Probleme durch die Zuwanderer sind ähnlich in allen Fraktionen. Wir sind uns einig, dass sich, insbesondere nach Beginn der Freizügigkeit im nächsten Jahr, die jetzt schon vorhandenen Probleme dramatisch verschlechtern werden.

Auch dem Bundespräsidenten ist klar, dass einzelne Gemeinden damit überfordert sind, hier geht nichts voran ohne die Unterstützung durch Bund und Länder. Der Gemeinderat kann hierzu relativ wenig beitragen, dies muss an anderer Stelle entschieden werden. Vor Ort müssen allerdings ebenfalls Entscheidungen von den Ordnungsbehörden getroffen werden. Es kann nicht geduldet werden, dass Mietwucher und Ausnutzung von unkundigen Arbeitskräften in großem Stil geduldet werden. Hier müssen Polizei und Zoll energisch durchgreifen. Die Einrichtung der Arbeitsgruppe Osteuropa war ein Schritt in die richtige Richtung.

Infrastruktur

Radweg Bismarckstraße

Wir lehnen das Projekt Radweg Bismarckstraße ab. Die Maßnahme ist viel zu teuer, zumal ein Großteil auf den Umbau der Straße entfällt, die an sich in Ordnung ist. Wir fordern stattdessen eine Fahrradstraße zwischen den Quadraten L und M und A und B.

Glücksteinquartier

Aus den Unterlagen ergibt sich eine Belastung von 40 Mio. €. Bei Beantragung hatte die Verwaltung dem Gemeinderat vorgerechnet, dass sich die

Aufwendungen durch Grundstückserwerbe selbst tragen. Der Verlauf der Glücksteinentwicklung lässt für künftige Großvorhaben, wie z.B. die Buga, Schlimmstes erwarten.

Planken

Der Aufwand für die Planken ist im Entwurf mit 33 Mio. € angegeben, während in der Vergangenheit bisher immer von 12- 14 Mio. € die Rede war. An einer umgehenden Aufklärung diese Diskrepanz ist uns sehr gelegen.

Grünflächen und Umwelt

Die in der Folge der Schaffung des 5. Dezernats im Haushalt beim Bereich Grünflächen und Umwelt ausgewiesenen Leerstellen bei den Rechnungsabschlüssen 2012 und den Ansätzen 2013 sind Punkte, die nach unserer Auffassung eine Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Haushaltes nicht möglich machen. An dieser Stelle ist der im Haushalt für die Waldpädagogik ausgewiesene Ansatz anzusprechen.

Bei den ausgewiesenen 32.000 € kann es sich ausschließlich um die Personalstelle des Waldhaus verwaltenden Försters handeln. Dieser ist jedoch nicht nur für Mannheim sondern für alle waldpädagogischen Maßnahmen im Rhein-Neckar-Kreis zuständig. Der Rhein-Neckar-Kreis hat einen zusätzlichen Betrag von 12.500 € für waldpädagogische Veranstaltungen in seinem Haushalt jährlich ausgewiesen. In gleicherweise sollte sich die Stadt Mannheim beteiligen. Verschwiegen wird auch, dass der Großteil der waldpädagogischen Veranstaltungen (4500 Schülerinnen und Schüler im Jahr) durch eingeworbene Sponsorengelder machbar gemacht wird. Vielen Nachfragern müssen Absagen erteilt werden, obwohl im Zuge der Ganztagsbetreuung der Schulen ein

erheblicher Bedarf besteht. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass zumindest die mit Werkverträgen durchgeführten waldpädagogischen Veranstaltungen im Bereich Bildung abgebildet und dort auch mit einem Etatansatz versehen werden sollten.

Nicht nachvollziehbar sind für uns die drastischen Ausgabensteigerungen (von 19 auf 38 Mio. €) im Bereich Grünflächen und Umwelt. Hier fehlt wieder die notwendige Verbindung mit eventuellen Umgliederungen.

Nicht einverstanden sind wir mit den vorgesehenen Kürzungen beim Umweltforum.

Gleiches gilt für die Ergebnis-wirksamen Auszahlungen dieses Fachbereichs (von 9 auf 35 Mio. €). Die jetzt im Haushalt leider erst ab 2015 vorgesehene Bezuschussung des Sanierungsbedarfs der Stadtparks mit 500.000 € jährlich, hebt die vorhandene Unterfinanzierung und den Sanierungsstau nicht auf.

Wir werden eine Erhöhung auf 1 Mio. €, beginnend mit dem Jahr 2014, beantragen, um die notwendigen Sanierungen und Verbesserungen mit Blick auf die beabsichtigte Bundesgartenschau im Laufe der nächsten 5 Jahre durchführen zu können.

Straßen

In der weiteren Folge fehlen bei den ausgewiesenen Kosten für Gemeinde-, Kreis- und Bundesstraßen Vergleichszahlen aus den Jahren 2012 und 2013, die jedoch sicher aus den vorher in anderen Dezernaten angesiedelten Leistung heraus zu rechnen gewesen wären.

Nach wie vor bleibt uns die Verwaltung die Auskunft schuldig, wie hoch der tatsächliche Bedarf zur Sanierung der städtischen Infrastruktur ist. Außerdem ist die dringend notwendige Sanierung mit den eingestellten Mitteln nicht machbar.

Naturschutz und Landschaftspflege

Die im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege mehr als verdoppelten Aufwendungen begrüßen wir, da hier ein wichtiges Zeichen für unsere mit vielerlei Problemen belastete Großstadt gesetzt wird.

Bürgerdienste

In den Ansätzen selbst fällt im Bereich der Bürgerdienste bei den mit Gebühren versehenen Leistungen auf, dass zu den jeweils erhobenen Gebühren und den für die Leistungserbringung gemachten Aufwendungen dramatische Differenzen bestehen, die in der Perspektive für 2014/2015 sogar noch erheblich größer werden. Hier bedarf es dringend einer Überprüfung, ob die dargestellten Kosten für die jeweilige Leistung tatsächlich zutreffen.

In Anbetracht der jetzt zu beobachtenden gehäuften Personalwechsel im Bereich der Bürgerdienstleitern, hoffen wir, dass die neue Dezernentin zusammen mit der Amtsleitung den Turnaround schafft, damit in diesem Bereich wieder Ruhe einkehrt.

Bei den Bürgerdiensten ist noch darauf hinzuweisen, dass der notwendige barrierefreie Zugang zu den Bürgerdiensten mit den Aufwendungen im Etat nicht abgesichert ist. Wir werden hierzu die Anträge stellen, um sicherzustellen, dass innerhalb der Haushaltsperiode 2014/2015 sämtliche Bürgerdienste barrierefrei zugänglich sind.

Feuerwehr

Wir begrüßen es, dass es die Verwaltung endlich geschafft hat, einen Brandschutzbedarfsplan mit Hilfe eines Gutachters und der eigenen Fachleute entwickeln zu können. Die bisherige Umsetzung des Personalkonzepts sowie die Beschaffung neuer Fahrzeuge bringen eine spürbare Entlastung.

Zu beklagen ist, dass im Haushalt etwa 100.000 Euro zur Bestreitung der laufenden Kosten fehlen.

Bei der Diskussion um die Leitstelle sollte mit aller Energie der Standort Mannheim durchgesetzt werden.

Vergeblich fordern wir seit Monaten die Verwaltung auf, der Öffentlichkeit und dem Gemeinderat die geschätzten Gesamtkosten der notwendigen Investitionen und personellen Aufstockungen zu beziffern. Gänzlich bleibt die Verwaltung es der Öffentlichkeit und dem Gemeinderat schuldig, die Belange der Freiwilligen Feuerwehr offen darzulegen.

Sport und Bäder

Für viele Mannheimer/innen, insbesondere für unsere Jugend zählt der Wassersport zu der beliebtesten Sportart überhaupt. Mit großer Verve waren im Haushalt 2012/2013 Investitionen im Bereich der Freibäder Carl-Benz-Bad und Freibad Sandhofen etatisiert.

Gemeinsam mit der Bürgerschaft konnte erfolgreich die Schließung des Hallenbad Seckenheim verhindert werden. Doch weder die Sanierungsmaßnahmen im Carl-Benz-Bad noch im Freibad Sandhofen wurden von der Verwaltung vorangetrieben, im Gegenteil, allen Bemühungen zum Trotz blockiert. Peinlich ist es, dass die Verwaltung erst kurz vor Ablauf des Haushaltsjahres eine Teilsanierung des Freibades Sandhofen vorschlägt.

Anstelle der geplanten Sanierungsmaßnahmen im Carl-Benz-Bad wurde ein Gutachter beauftragt, der uns nach den Gemeinderatswahlen im Mai 2014 vermutlich darlegen wird, dass wir ein neues "Spaßbad" auf dem Gelände der Benjamin-Franklin-Village benötigen.

Unbefriedigend ist die Situation mit Blick auf das überteuerte Projekt Gartenhallenbad Neckarau, dessen Betrieb bis heute aufgrund seiner Baumängel nur eingeschränkt möglich ist.

Die Leichtathletikhalle im MTG-Stadion ist Olympia-Stützpunkt Rhein-Neckar. Als Trainings- und Veranstaltungshalle muss diese Leichtathletikhalle saniert werden, um eine Anwesenheit von maximal 1000 Personen zu gewährleisten.

Wir fordern eine Modifizierung der Sportförderungsrichtlinien im Bereich der Pflege und des Unterhalts. Die Sporthallenbenutzung für Jugendbetrieb sollte bis 19.00 Uhr kostenlos erweitert werden.

Für die erfolgreiche Arbeit des Sportkreis Mannheim sollte der jährliche Zuschuss um 10.000,00 € erhöht werden.

Zusammenfassung

Die Freien Wähler – Mannheimer Liste vertreten folgende Positionen:

- **Offenlegung sämtlicher versteckter Schulden und eine ehrliche Aussage zur Finanzierung BUGA 2023.**
- **Ziel muss es sein, den Sanierungsstau bei Straßen, Schulen, und Parkanlagen schnellstmöglich abzubauen.**
- **Weiter muss die Grundsteuer und Gewerbesteuer gesenkt werden.**

An dieser Stelle dürfen wir allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die an der Erstellung des Etats beteiligt waren, sehr herzlich danken.

Mein Dank gilt meinen Kollegen Rolf Dieter, Roland Weiß, Michael Himmelsbach und aus dem Vorstand der Freien Wähler - Mannheimer Liste Christopher Probst, Holger Schmid, Edith Hufnagel, Jörg Mergenthaler und Christine Theuer für die Unterstützung und Hilfe bei der Vorbereitung zu den Etatberatungen und der Abfassung der Haushaltsrede.



Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.